

5 Fragen an Hr. Dr. Hans-Ulrich Rülke (FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Nachricht. Gerne nehme ich zu Ihren Fragen detailliert Stellung:

1. Schutzwald und Hochwasserschutz

Wälder leisten durch Wasserrückhalt, Bodenstabilisierung und Humusaufbau einen entscheidenden Beitrag zum Hochwasserschutz und zur Prävention von Erosion.

Frage: Wie wollen Sie die Schutzfunktion der Wälder in Baden-Württemberg angesichts zunehmender Starkregenereignisse konkret stärken? Werden Sie sich für eine Ausweitung von Schutzwaldflächen und eine prioritär auf Wasserrückhalt ausgerichtete Waldbewirtschaftung einsetzen?

Antwort:

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass es zur Stärkung des Waldes eines nachhaltigen Waldumbaus mit klimaangepassten Baumarten aufgrund der Erfahrungen aus anderen Klimazonen und der wirksamen Bekämpfung von Schadinsekten braucht. Die Ausweitung der Schutzflächen erachten wir als nicht sinnvoll. Wir wollen die privaten und staatlichen Forstbesitzer durch Informationen, Monitoring sowie Unterstützung durch Forschung und neueste technische Innovationen motivieren, die Schutzfunktion der Wälder effektiv und nachhaltig herbeizuführen.

2. Brennholznutzung, Klimaschutz, Gesundheit, Feinstaubbelastung und CO₂-Senkenleistung

Die Holz- und Forstwirtschaft fordert mit der Unterstützung der verantwortlichen Politik die Erzeugung von Wärmeenergie in erheblichem Umfang durch das Verbrennen von Holzbeständen aus dem Wald zu decken. Dabei wird als Argument angeführt, dass die Verbrennung von Holz klimaneutral und nachhaltig sei, da es einerseits riesige Bestände an Holz in unseren Wäldern gäbe und andererseits das entnommene Holz in kürzester Zeit wieder nachwachse.

Das Umweltbundesamt (UBA) dagegen beurteilt die Verbrennung von Holz aus dem Wald als nicht klimaneutral und nachhaltig. Bei der Verbrennung von Holz werden zeitgleich alle Emissionen wie CO₂, Feinstaub, Stickoxide und Kohlenstoffverbindungen freigesetzt und gelangen somit unmittelbar in die Umwelt. Dadurch unterscheidet sich die Verbrennung von Holz in keinsten Weise von der Verbrennung der bisherigen fossilen Brennstoffe wie beispielsweise Gas. Zudem hat Holz beispielsweise im Vergleich zu Gas eine schlechtere Energie- und auch CO₂-

Bilanz. Hinzu kommt, dass die nachwachsenden Bäume mehrere Jahrzehnte brauchen, bis sie wieder eine vergleichbare Umweltleistung erbringen können. Auch die negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind bei der Verbrennung von Holz im Vergleich zu Gas weitaus gravierender.

Frage:

Wie bewerten Sie diesen offensichtlichen Widerspruch zwischen der Forst- und Holzwirtschaft und der Entscheidung des Umweltbundesamtes? Bitte begründen Sie Ihre Antwort mit transparenten und damit nachvollziehbaren Argumenten, insbesondere unter Berücksichtigung der Aspekte zu menschlicher Gesundheit, Energie- und CO₂-Bilanz wie auch Klimaschutz.

Antwort:

Wir setzen uns für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein, die die Erfordernisse der stofflichen und energetischen Holznutzung sowie der Artenvielfalt berücksichtigt. Wir sehen Holz als einen CO₂-neutralen Energieträger, da bei der Umwandlung in Wärme nicht mehr CO₂ frei wird, als während des Wachstums eingelagert wurde und sowieso bei der Verrottung des Holzes frei würde. Eine Studie der Hochschule für Forstwirtschaft Rottenburg zeigt auf, dass das Potenzial zur Nutzung von Holz in Baden-Württemberg noch nicht ausgereizt ist. In Verbindung mit Effizienzsteigerungen kann laut Studie die Holznutzung bis Mitte des Jahrhunderts um 30 bis 70 Prozent gesteigert werden, ohne das Ökosystem Wald zu schädigen. Allerdings fehlt bisher eine detaillierte Erfassung aller Holzstoffströme entlang der gesamten Wertschöpfungskette, um das nachhaltige Nutzungspotenzial von Holz exakt zu beziffern. Ein solches Monitoring gibt es z.B. in den Nachbarländern Österreich, Schweiz und Bayern, die ähnlich reich an Wald wie Baden-Württemberg sind. Eine solche Datengrundlage wird sowohl für die politische Weichenstellung als auch für unternehmerische Investitionsentscheidungen dringend benötigt. Wir wollen das Potenzial zur Nutzung von Holz heben und langfristig im Rahmen der Bioökonomie nutzen. Werden aber immer Flächen der Nutzung entzogen, fehlt heimisches Holz als nachhaltiger Rohstoff. Wenn dieses fehlende Holz dann aus Ländern importiert wird, in denen es mit Waldschutz oder Nachhaltigkeit nicht weit her ist oder sogar Raubbau an der Natur an der Tagesordnung ist, bedeutet das nichts anderes als, dass wir die Rohstoffe anderer Länder ausbeuten und den Klimaschutz konterkarieren.

3. Reduktion von Rückegassen und schweren Forstmaschinen

Der Einsatz schwerer Forstmaschinen sowie ein dichtes Netz an Rückegassen führen zu Bodenverdichtung, verminderter Wasserspeicherfähigkeit und langfristigen Schäden an Waldökosystemen.

Frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um Bodenverdichtung zu reduzieren? Unterstützen Sie eine Verringerung des Rückegassenanteils sowie den verstärkten Einsatz bodenschonender Bewirtschaftungsformen?

Antwort:

Wir setzen auf die Nutzung moderner Forsttechnik zur Bodenschonung und die Digitalisierung der Forstplanung zur Reduktion von Rückegassen. Bei den maschinentechnischen Maßnahmen zum Bodenschutz muss sowohl auf die Druck- als auch die Scherbelastung des Bodens geachtet werden. Schwere Maschinen sind nicht pauschal als schlecht zu bewerten, denn je schwerer eine Maschine, desto besser kann wiederum der Kraftschluss zwischen Rad und Boden sein. Wir haben Vertrauen in die Expertise und Arbeit der Forstleute, deren ureigenes Interesse es ist, möglichst bodenschonend zu arbeiten, alleine schon um die forsttechnische Befahrbarkeit zu erhalten. Da, wo es Potenzial für technische Verbesserungen gibt, werden wir dies unterstützen. Landeseigene Sondervorschriften, die

unsere Forstunternehmen im bundesweiten und europäischen Wettbewerb benachteiligen, lehnen wir entschieden ab.

4. Transparenz, Gemeinwohlorientierung und „Gute fachliche Praxis“

Wälder erfüllen auch nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1990 zahlreiche Gemeinwohlfunktionen (Ökologiepflichtigkeit des Waldeigentums). Die staatliche Forstpolitik fördert demnach nicht die Holzproduktion, sondern "die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts". Entscheidungen über Nutzung, Einschlagmengen, Forstpraxis und Förderpolitik betreffen die gesamte Bevölkerung.

Frage:

Wie wollen Sie Transparenz bei forstlichen Grundsatzentscheidungen, Planungen und Eingriffen verbessern und eine stärkere Gemeinwohlorientierung durch eine klare Neuformulierung einer "guten fachlichen Praxis" absichern, die Klima-, Boden-, Wasser- und Biodiversitätsschutz stärker gewichtet als Holzerträge?

Antwort:

Wir wollen Transparenz und Gemeinwohlorientierung nicht über stärkere Regulierung, sondern über die Wahrung der Eigentumsrechte, Digitalisierung und Anreizsysteme erreichen. Was die Transparenz bei forstlichen Grundsatzentscheidungen betrifft, setzen wir auf Digitalisierung und Open Data, also beispielsweise digitale Forstkataster und öffentlich zugängliche Geodaten, die transparente Dokumentation von Fördermitteln sowie vereinfachte und digitale Genehmigungsverfahren. Transparenz erreichen wir vor allem aber auch durch eine schlanke Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten, nicht durch neue Beteiligungspflichten oder neue Aufsichtsebenen. Wir sehen Holznutzung nicht als Gegensatz zu Klima- und Naturschutz, sondern als Teil der Lösung. Eine Neuformulierung der „guten fachlichen Praxis“ im Sinne einer deutlichen Priorisierung von Klima-, Boden-, Wasser- und Biodiversitätsschutz vor Holzertrag lehnen wir ab, da dies zu pauschalen Nutzungseinschränkungen führt, die wirtschaftliche Tragfähigkeit gefährdet und neue ordnungsrechtliche Verbote und Bürokratie mit sich bringt.

5. EU-Wiederherstellungsverordnung

Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung verfolgt die Europäische Union ambitionierte Ziele zur Renaturierung geschädigter Ökosysteme.

Frage: Wie stehen Sie zur Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung in Baden-Württemberg? Werden Sie sich für eine ambitionierte, transparente und zügige Umsetzung im Wald einsetzen?

Antwort:

Die EU-Wiederherstellungsverordnung bringt massive negative Folgen für die Ernährungssicherung und den Aufbau klimaresilienter Wälder mit sich. Um die langfristige Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu gewährleisten, klimaresiliente Wälder aufzubauen und Kulturlandschaften dauerhaft erhalten zu können, braucht es keine weiteren regulatorischen Vorgaben, sondern Vertrauen in die Expertise und Arbeit der Forstleute und Landwirte. Statt obligatorischer, pauschaler Vorgaben für alle Flächen setzen wir Freie Demokraten auf kooperative Lösungswege, Anreize, Beratung und digitale Planungsinstrumente, um Biodiversität und Renaturierung zu verbessern. Insbesondere für die Land- und Forstwirtschaft werden wir im Falle einer Regierungsbeteiligung daher sicherstellen, dass die ökologische Zielsetzung mit tragbaren Bedingungen für die Rohstoff- und Lebensmittelproduktion sowie die wirtschaftliche Entwicklung vereinbar bleibt.

Zusatzfrage: Ressortzuständigkeit im Kontext Klimawandel

Angesichts der zunehmenden Bedeutung des Waldes für Klimaschutz, Hochwasservorsorge, Biodiversität und Gesundheit stellt sich die Frage nach der politischen Zuständigkeit.

Frage: Wie stehen Sie zu einem möglichen Ressortwechsel der Forstzuständigkeit vom Landwirtschaftsministerium in das Umweltministerium, um Klima- und Gemeinwohlfunktionen stärker zu gewichten?

Antwort:

Wir sehen keinen Ressortwechsel vor. Es würden dadurch weder eine bessere Koordination noch weniger Bürokratie entstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Ulrich Rülke